

Fokus Menschenrechte

Nr. 39 / August 2016



Zehntausende Vermisste und geheime Massengräber Fragen an die mexikanische Justiz

Adrian Foerster, Susanne Göggel

Im September 2014 wurde eine Gruppe Studenten von der Polizei beschossen und dann in Gewahrsam genommen. Drei Unbeteiligte und fünf Studenten starben, einem von jenen wurden die Augen ausgestochen. 43 Studenten werden seitdem vermisst. Dies sei die „historische Wahrheit“, verkündete die Staatsanwaltschaft im Januar 2015, man möge den Fall doch gerne abschließen. Nicht nur weil diese Version auf Geständnissen basiert, die unter Folter erzwungen wurden, gibt es Zweifel an dieser „historischen Wahrheit“ - die gesamten Ermittlungen werfen einen dunklen Schatten auf den mexikanischen Rechtsstaat.

Zusammenfassung

Im September 2014 wurde eine Gruppe Lehramtsstudenten von der Polizei beschossen und dann in Gewahrsam genommen. 43 Studenten werden seitdem vermisst. Der Staatsanwaltschaft zufolge übergab die Gemeindepolizei die Jugendlichen einem örtlichen Drogenkartell, das sie erschoss und die Körper verbrannte. Aufgrund der fraglichen Ermittlung durch Polizei und Staatsanwaltschaft wurde von den Familien der Überlebenden und der mexikanischen Regierung eine zweite Untersuchung in Auftrag gegeben. Der Fall hat eine Welle der Empörung in ganz Mexiko ausgelöst. Hunderttausende gingen auf die Straße. Derzeit werden 27.000 Menschen vermisst. Sehr wenige Verbrechen werden aufgeklärt, denn die Strafverfolgung ist unterfinanziert, langsam und oft untätig. Der Präsident hat eigene Antikorruptionsgesetze in Aussicht gestellt.

Schon die offizielle Geschichte ist gruselig: In der Nacht vom 26. auf den 27. September 2014 wurde eine Gruppe Lehramtsstudenten, die mit entführten Reisebussen zu einer Demonstration in Mexiko-Stadt unterwegs waren, von der Polizei beschossen und dann in Gewahrsam genommen. Drei Unbeteiligte und fünf Studenten starben, einem von jenen wurden die Augen ausgestochen. 43 Studenten werden seitdem vermisst. Der Staatsanwaltschaft zufolge übergab die Gemeindepolizei die Jugendlichen einem örtlichen Drogenkartell, welches sie für Mitglieder einer verfeindeten Bande hielt. Die Drogendealer erschossen die Studenten und verbrannten deren Körper auf einer Müllhalde, die Asche kippten sie in einen nahegelegenen Fluss. Dies sei die „historische Wahrheit“, verkündete die Staatsanwaltschaft im Januar 2015, man möge den Fall doch gerne abschließen.

Nicht nur weil diese Version auf Geständnissen basiert, die unter Folter erzwungen wurden, gibt

es Zweifel an dieser „historischen Wahrheit“. Die Familien und Freunde der Opfer misstrauten der offiziellen Untersuchung von Anfang an: „Es wurde uns schnell klar, dass die Behörden alles tun würden, um uns zu belügen“, so Omar García Velásquez, Kommilitone der Vermissten. Deshalb wurde von den Familien der Überlebenden und der mexikanischen Regierung eine zweite Untersuchung in Auftrag gegeben, die von einer internationale Expertenkommission unter Schirmherrschaft der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte durchgeführt wurde. In dem seit dem 28. April 2016 vorliegenden Abschlussbericht widersprechen die Ermittler aus Kolumbien, Chile, Guatemala und Spanien der Staatsanwaltschaft in wesentlichen Details: So bezweifeln sie, dass die Studenten auf der Müllkippe verbrannt wurden und legen Beweise für die Beteiligung der Bundespolizei und der Armee vor. Vielleicht am beunruhigsten ist der Vorwurf, dass die Regierung die Untersuchung der Expertenkommission behindert hat, indem den Ermittlern Zugang zu Zeugen verweigert wurde und dass eine Medienkampagne angezettelt wurde, um die Arbeit der Experten zu diskreditieren. „Es war klar, dass die Regierung die Verantwortung dieses Falles auf lokaler Ebene suchen wollte“, so Carlos Beristain, Mitglied der Expertenkommission. „Aber wir haben



Mit Kerzen wird den Opfern gedacht.

Foto: Steven Zwerink CC BY-SA 2.0 flickr

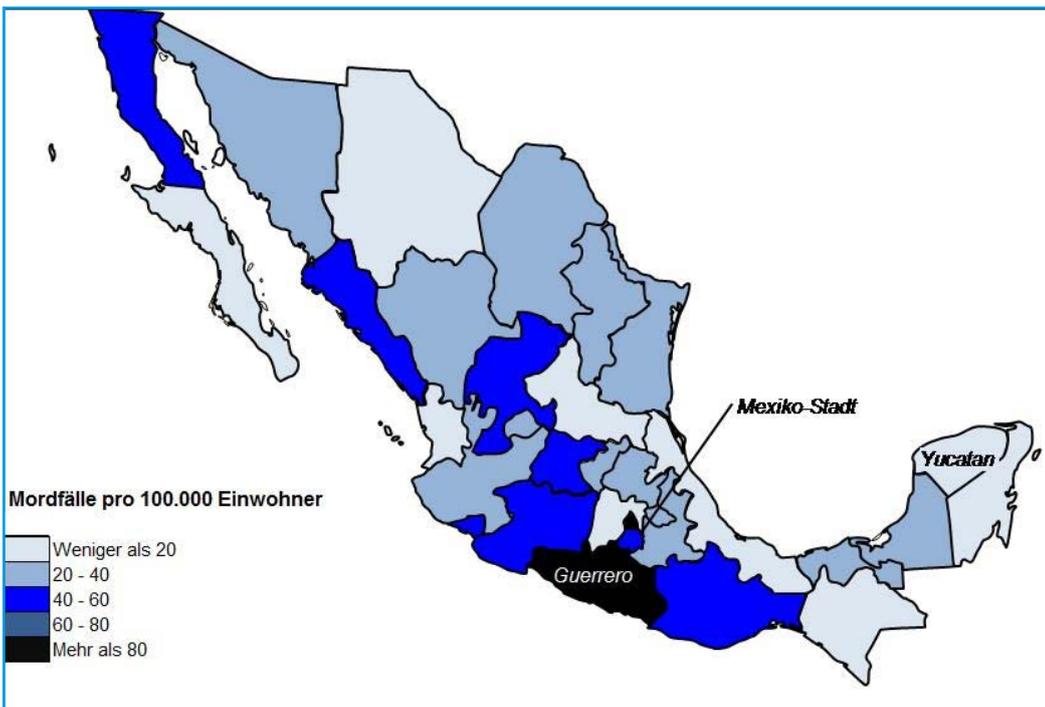
aufgedeckt, dass Bundesbeamten [Polizei und Soldaten] vor Ort waren und deren Anwesenheit zeigt, dass die Regierung mitverantwortlich ist“. Was mit den Studenten passierte, konnte die Kommission allerdings nicht aufklären, ihr Mandat lief Ende April aus und wurde von der Regierung nicht verlängert.

Jeden Tag und überall in Mexiko?

Mitnichten! Der Großteil der Entführungen und Tötungen findet in wenigen Bundesstaaten im Norden und Westen statt, so hat z.B. der südliche Bundesstaat Yucatan Kriminalitätsraten auf

europäischen Niveau. Der „Krieg gegen die Drogen“ ist zwar ein nationales Problem, wird aber vor allem dort geführt, wo sich wichtige Drogenrouten kreuzen und rivalisierende Banden um Einflussgebiete kämpfen. Die Kleinstadt Iguala im Bundesstaat Guerrero, wo die Studenten verschwanden, ist so ein Ort.

Guerrero gehört seit Jahren zu den gewalttätigsten Bundesstaaten des Landes. Dort wird Schätzungen zufolge 98% des Heroins



Mordfälle pro 100 Einwohner im ersten Quartal 2016

Grafik: Stiftung für die Freiheit; Quelle: Secretario del Ejecutivo (Heeresamt)

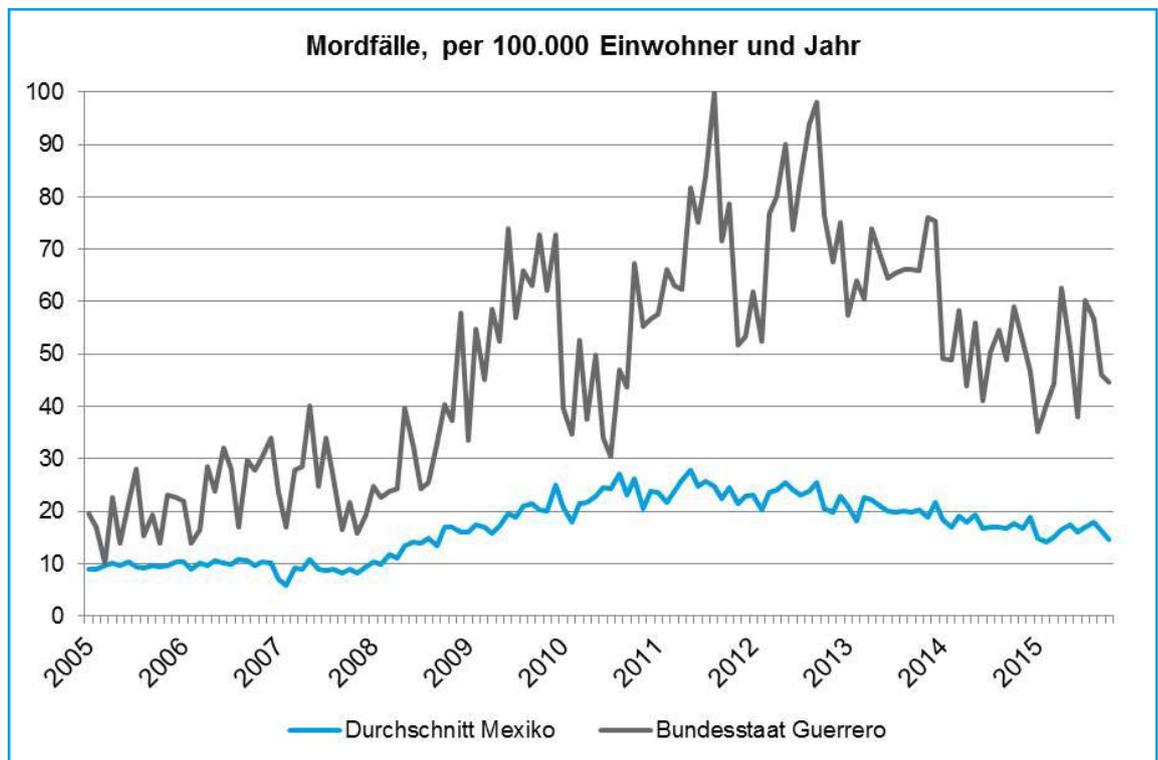
in ganz Mexiko angebaut, der größte Teil davon ist für den Konsum in den USA bestimmt. Experten gehen davon aus, dass die Kartelle im Jahre 2015 einen Reingewinn von 2 Mrd. Euro erzielt haben. Für eine arme Region mit schwacher Infrastruktur, die auch im Index der wirtschaftlichen Freiheit (von der FNF und dem Fraser-Institut herausgegeben) schwach abschneidet, sind Drogenanbau und -handel extrem wichtig.

Während der Großteil der Bevölkerung Guerrereros in Armut lebt, profitieren einige Wenige von den illegalen Geschäften. Der Ex-Bürgermeister von Iguala, José Luis Abarca, der die Entführung der Studenten in Auftrag gegeben haben soll, war Multimillionär und war eng mit dem organisierten Verbrechen verbunden; seine Frau ist Tochter eines lokalen Drogenbosses. Die Gemeindepolizei, die er kommandierte, arbeitete mit dem Drogenkartell Hand in Hand, die Beamten handelten sogar selbst mit Drogen, wie die Auswertung des Polizeifunks ergab.

„Ein Land voller Opfer“

Der Fall hat eine Welle der Empörung in ganz Mexiko ausgelöst. Hunderttausende gingen nach dem Verschwinden der 43 Studenten auf die Straße, Mexiko-Stadt war tagelang im Ausnahmezustand. „Das Aufwachen der mexikanischen Gesellschaft nach dem Fall Iguala ist einzigartig [in der jüngeren Geschichte und kommt] aus allen sozialen Schichten und Ecken des Landes“, so Everard Meade von der University

of California, San Diego. Denn es sind nicht nur die 43 Studenten, „es ist ein Land voller Opfer“, so Hector de Mauleon, Journalist der Tageszei-



Grafik: Stiftung für die Freiheit; Quelle: Observatorio Nacional Ciudadano (Nationale Beobachtungsstelle der Bürger), Instituto Nacional de Estadística y Geografía (Mexikanisches Statistikamt)

„El Universal“. Laut offiziellen Zahlen werden derzeit 27.000 Menschen vermisst. Weniger als 3% der Verbrechen werden aufgeklärt, denn die Strafverfolgung ist unterfinanziert, langsam und oft untätig. So wurden beispielsweise bei der Suche nach den Studenten in Iguala Massengräber gefunden, nachdem man allerdings bemerkte, dass die gefundenen Leichen nicht die der 43 Vermissten waren, wurden die Gräber wieder geschlossen, ohne diese weiter zu untersuchen.

Folter ist an der Tagesordnung und wird von der Regierung gedeckt, wie kürzlich ein UN-Sondergesandter feststellte. Mexiko ist in den vergangenen zehn Jahren 19 Plätze auf den 88. Platz Index der Institutionellen Qualität der FNF abgesackt (von insgesamt 189 Ländern). Besonders schlecht schneidet das Land in der Kategorie „Rechtsstaatlichkeit“ ab. Man kann getrost davon ausgehen, dass Iguala nicht der einzige Ort in Mexiko ist, wo die Politik und das organisierte Verbrechen eng verbunden sind.

Dass es einen zweiten Fall Iguala gibt, will die Zivilgesellschaft hingegen unbedingt verhindern. Eine Bürgerinitiative hat 600.000 Unterschriften für ein neues Antikorruptionsgesetz („Ley 3 de 3“) gesammelt, das Politiker und Spitzenbeamte dazu verpflichten soll, ihr Vermögen, mögliche Interessenskonflikte und Steuerdaten offenzulegen. Laut Max Kaiser, Mitinitiator der Kampagne und Direktor für Korruptionsbekämpfung beim Thinktank und FNF-Partner IMCO, ist dies ein „historischer Moment der Hoffnung für das Land“. Die Bezeichnung „historisch“ ist keine Übertreibung, denn es wäre das erste Gesetz, das aus einer Bürgerbewegung hervorgegangen ist, dazu gegen den Widerstand der Regierungspartei von Präsident Enrique Peña Nieto. Der Senat hat bis zum 28. Mai 2016 Zeit, dieses Gesetz zu beschließen.

Der Präsident, der nach den Protesten in Folge des Verschwindens der Studenten und mehrerer Korruptionsskandale gehörig unter Druck steht, hat eigene Antikorruptionsgesetze in Aussicht gestellt – die Entwürfe sind allerdings deutlich sanfter als das „Ley 3 de 3“. Weiterhin will er die Verquickung von lokalen Polizeieinheiten und Drogenkartellen dadurch erschweren, indem die über 2.000 Polizeieinheiten Mexikos unter zentralen Kommando gestellt werden. Diese Reform würde die Polizeiarbeit auf der Ebene der Bundesstaaten zentralisieren, ähnlich, wie es in Deutschland üblich ist.

Diese Maßnahme ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, denn auch Teile der Landespolizei sind korrupt und mit dem organisierten Verbrechen verbunden. Solange Bezahlung, Arbeitsbedingungen und Ausbildung der Polizei so dürftig sind wie bisher, werden sich die Zustände nicht grundlegend ändern. Auch wenn der Fall

Iguala mittlerweile wieder aus den Medien verschwunden ist, gehen Entführungen und willkürliche Morde weiter. Laut einer Studie des Observatorio Nacional Ciudadano führt die Kriminalität dazu, dass sich die statistische Lebenserwartung eines Neugeborenen in Guerrero um 15 Monate reduziert (Landesdurchschnitt: 5 Monate). Die meisten Opfer (und Täter) sind junge Männer (im Alter 20-25 Jahre), aus einkommensschwachen und bildungsfernen Familien. Das Gewaltproblem ist eben auch ein soziales Problem, das sich in einem Land mit gigantischer wirtschaftlicher Ungleichheit nicht allein mit Waffen lösen lässt.



Proteste in Mexiko, Juli 2015

Foto: PetrohsW CC BY-SA 4.0

Adrian Foerster ist Nachwuchswissenschaftler im Regionalbüro Lateinamerika in Mexiko-Stadt und Stipendiat der Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit.

Susanne Göggel ist Projektassistentin im Regionalbüro Lateinamerika in Mexiko-Stadt.

Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
 Fachbereich Internationales
 - Referat Asien und Menschenrechte -
 Karl-Marx-Str. 2
 14482 Potsdam

menschenrechte@freiheit.org
www.freiheit.org